



**Betreff:**  
**Azubiwohnen**

öffentlich

**bezüglich**  
**DS Nr.: 13/SVV/0204**

Erstellungsdatum	22.08.2013
Eingang 902:	22.08.2013

Einreicher: FB Bildung und Sport

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung	Gremium
04.09.2013	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

**Inhalt der Mitteilung:** Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Der Oberbürgermeister wurde beauftragt zu prüfen, ob Bedarf für den Ausbau von Wohnheimplätzen für Auszubildende in Potsdam besteht. Sollte die Bedarfsprüfung positiv ausfallen, sind Ansätze zu entwickeln, wie und mit welchen Partnern (städtische und private Unternehmen, öffentliche Partner) die Landeshauptstadt Potsdam dazu beitragen kann. Hinsichtlich der Bedarfsermittlung muss aus Sicht der Verwaltung unterschieden werden, ob es sich um Auszubildende handelt,

1. die ein Oberstufenzentrum (OSZ) der LHP besuchen und ihren Hauptwohnsitz im Land Brandenburg haben und denen eine tägliche Anreise nicht zugemutet werden kann, oder
2. die eine Ausbildung in der LHP absolvieren bzw. anstreben, jedoch kein OSZ in der LHP besuchen und somit keinen Anspruch auf eine Unterbringung im Wohnheim der OSZ haben. Es wird vermutet, dass aufgrund der angespannten Wohnungssituation in der LHP einige junge Menschen eine potenzielle Ausbildungsstelle nicht annehmen können, weil sie keinen geeigneten Wohnraum finden.

**Fortsetzung der Mitteilung Seite 3**

**Beratungsergebnis**

Zur Kenntnis genommen:

Gremium:

Sitzung am:

zurückgestellt  zurückgezogen

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Büro der Stadtverordnetenversammlung

**Finanzielle Auswirkungen?**

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

## **Fortsetzung der Mitteilung:**

Zu 1.)

Die ausführliche Beantwortung der Fragestellung erfolgt in der Stellungnahme der Leiterin des Wohnheims der Oberstufenzentren in Potsdam (Anlage).

### Ergebnis:

Bedingt durch die unterschiedliche Belegungsstruktur unterliegt die Kapazitätsauslastung des Wohnheims der Oberstufenzentren erheblichen Schwankungen. Im Ergebnis wird deutlich, dass die unter Punkt 1. Genannten Auszubildenden vollständig in dem Wohnheim untergebracht werden können. Es besteht demnach kein Bedarf für den Ausbau von Wohnheimplätzen für diese Auszubildenden.

Zu 2.)

Um einen Bedarf festzustellen, wurden in Abstimmung mit dem Antragsteller die nachfolgenden sechs Institutionen angeschrieben: Agentur für Arbeit Potsdam, Deutscher Hotel- und Gaststättenverband Brandenburg e.V., Handwerkskammer Potsdam, Industrie- und Handelskammer Potsdam, Ministerium des Inneren des Landes Brandenburg, ProPotsdam GmbH.

Im Ergebnis kann Folgendes mitgeteilt werden:

Nach den Ausführungen der Agentur für Arbeit ist es für Auszubildende schwierig, bezahlbaren Wohnraum in Potsdam zu finden. Daher können manche Interessenten aus dem Umland eine freie Ausbildungsstelle nicht annehmen. Insbesondere bestehen Probleme in Luckenwalde, Jüterbog und Dahme. In diesen Regionen können die Stellen nicht so angeboten werden, wie sie erforderlich wären. Als Grund hierfür wurde die schlechtere Verkehrsanbindung nach Potsdam im Vergleich zu Berlin angegeben. Einige Jugendliche wünschen daher eine Vermittlung nach Berlin.

Der Deutsche Hotel & Gaststättenverband Brandenburg e.V. hat diverse Hotels um Auskunft gebeten. Das Resort Schwielowsee gibt an, Mitarbeiterwohnungen, auch für Auszubildende, zur Verfügung zu stellen. Dabei handelt es sich insgesamt um sieben Wohnungen, welche wechselnd belegt sind. Das Resort Schwielowsee hat demnach kein Bedarf an Wohnraum für Auszubildende. Das arcona HOTEL AM HAVELUFER gibt an, dass zwei der sechs Auszubildenden Wohnraum benötigen. Das Mercure Hotel Potsdam City teilt mit, dass im Durchschnitt jährlich sechs Auszubildende in den Berufen Hotelfachangestellte/r, Restaurantfachmann/-frau und Koch/Köchin eine Ausbildung beginnen. Die Erfahrungswerte der letzten Jahre ergeben, dass davon ein Drittel von außerhalb kommt und den Wunsch äußert, nach Potsdam zu ziehen. Derzeitig sind zwei Auszubildende auf Wohnungssuche.

Die Handwerkskammer Potsdam begrüßt das Interesse der Landeshauptstadt außerordentlich, sich mit dem Bedarf von Wohnraum für Auszubildende auseinanderzusetzen und sieht dies als einen wesentlichen Beitrag zur Fachkräftesicherung für Potsdamer Unternehmen an. In den letzten Jahren erfolgte die Konfrontation mit diesem Problem überwiegend mit den ansässigen Trägern der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung. Die Träger mussten mitunter sehr unkonventionelle Lösungen, wie Taxiverkehr nach Großbeeren, in Betracht ziehen. Anfragen bei den Jugendherbergen, Pensionen oder Ähnliches verliefen ergebnislos, da diese lediglich an festen Verträgen mit Vorlauf von einem Kalenderjahr interessiert waren. Einige dieser Träger haben inzwischen ihre Ausbildung verlagert. Die Handwerkskammer Potsdam geht dennoch von einem Bedarf aus. Der Wohnraum muss für den einzelnen Auszubildenden nur für bestimmte Ausbildungsabschnitte (ca. 4 Wochen verteilt auf das Ausbildungsjahr) zur Verfügung stehen. Es geht demnach um Wohnheimplätze für eine kurzfristige Unterbringung. Die Handwerkskammer Potsdam geht von einem wöchentlichen Bedarf von ca. 15 Plätzen aus.

Wie die Ausbildungsbetriebe mit dem Problem der Unterbringung von auswärtigen Auszubildenden umgehen, ist der Handwerkskammer Potsdam nur unvollständig bekannt. Nach den zur Verfügung stehenden Unterlagen befindet sich der Wohnort von 379 Auszubildenden in

Potsdamer Handwerksunternehmen in 231 Fällen nicht in Potsdam. Mit Stand vom 20. Juni 2013 sind davon 34 außerhalb der Länder Brandenburg und Berlin. Derzeitig wird von einem Bedarf an kleineren Wohneinheiten von mindestens 50 nur für den Zuständigkeitsbereich der Handwerkskammer Potsdam ausgegangen.

Nach Auskunft der Industrie- und Handelskammer Potsdam gibt es bis auf vereinzelte konkrete Hinweise aus dem Bereich der Hotellerie und Gastronomie keine drängenden Nachfragen nach geeignetem Wohnraum für Auszubildende. Potsdamer Unternehmen finden offensichtlich häufig Auszubildende aus Potsdam bzw. näherer Umgebung. Darüber hinaus ist die Landeshauptstadt im Vergleich zu einigen anderen, strukturschwächeren Regionen des IHK-Bezirks verkehrstechnisch verhältnismäßig gut angebunden. Aus dem Hotel- und Gaststättenbereich besteht vereinzelt der Wunsch nach Wohnheimplätzen, welche bei Bereitstellung durch die Landeshauptstadt Potsdam auch für andere Branchen interessant wären.

Das Ministerium des Innern des Landes Brandenburg teilt mit, dass gemäß der Vorgaben der Landesregierung der Personalbestand der Landesverwaltung in nahezu allen Bereichen in den letzten 10 Jahren stark reduziert wurde. Daher bestand und besteht kein Raum für Neueinstellungen bzw. für die Erstausbildung in Berufen nach dem Berufsbildungsgesetz von Schulabgängern und ihre spätere Übernahme. Hinsichtlich der fachspezifischen Ausbildungen des Landes, wie für die Steuerverwaltung und die Polizei wird angemerkt, dass diese nicht in Potsdam, sondern in Oranienburg und Königswusterhausen, teilweise mit eigenen Unterbringungsmöglichkeiten, angeboten werden. Demnach besteht kein Bedarf an Wohnraum für Auszubildende.

Die ProPotsdam GmbH erkennt aktuell keinen Bedarf zur Bereitstellung von Wohnraum speziell für dort ausgebildeten Jugendlichen. Zudem entwickelt die ProPotsdam GmbH in Reaktion auf den angespannten Potsdamer Wohnungsmarkt ohnehin ständig neue Instrumente zur Schaffung zusätzlicher Belegungsrechte für die Landeshauptstadt.

Des Weiteren wurde bei der Pro Potsdam GmbH angefragt, ob die Möglichkeit bestünde, im Falle eines gegebenen Bedarfs mit städtischer Beteiligung geeigneten Wohnraum für Auszubildende zu schaffen. Die Pro Potsdam GmbH hat wie folgt Stellung bezogen:

Die Wirtschaftsplanung der ProPotsdam GmbH ist im Wesentlichen von dem von der Gesellschafterin festgelegten Neubauprogramm (1.000 Wohnungen bis zum Jahr 2019) geprägt. Die mit diesem ambitionierten Neubauvolumen und anderen Entwicklungsmaßnahmen (z.B. Areal Luftschiffhafen, Speicherstadt etc.) einhergehende Eigenkapital- und Ressourcenbindung macht es der ProPotsdam GmbH derzeit nicht möglich, sich zusätzlich an der Schaffung von Wohnraum für Auszubildende zu beteiligen. Dies könnte nur ermöglicht werden, wenn die zusätzlich gewünschten Maßnahmen durch die Gesellschafterin auf die bestehenden Unternehmensziele angerechnet und ein Eigenkapitaleinsatz durch Stellung entsprechender kommunaler Sicherheiten minimiert bzw. ersetzt werden könnte.

#### Ergebnis:

Die angeschriebenen Institutionen haben unterschiedliche Auffassungen zum bestehenden Bedarf an geeignetem Wohnraum für Auszubildende in der Landeshauptstadt Potsdam. Zusammenfassend ist jedoch festzustellen, dass sich eine Schaffung von geeignetem Wohnraum positiv auf die Aufnahme eines Ausbildungsverhältnisses in Potsdam auswirken würde.

Der Bereich Beteiligungsmanagement empfiehlt, die ProPotsdam GmbH nicht mit der Schaffung von zusätzlichem Wohnraum für Auszubildende zu beauftragen, da dies Einfluss auf die Erreichung der strategischen Vorgaben der Landeshauptstadt Potsdam hat und das Unternehmen finanziell überfordern könnte.

Anlage : Ausführlicher Bericht der Wohnheimleiterin